

Gemeinde Kirchheim b. München

Sitzungsniederschrift

Gremium:

Gemeinderat

Sitzung am:

08.03.2022

Sitzungsort:

Aula des Gymnasiums

Sitzungsdauer: (von/bis)

19:00 Uhr / 20:44 Uhr

☒ X

Öffentliche
Sitzung

☒ X


Es folgt eine nichtöffentliche
Sitzung

☐


Nichtöffentliche
Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Seiten 68 bis 97,
die Bestandteil dieses Protokolls sind.


Maximilian Böttl
Erster Bürgermeister


Lisa Fraas
Schriftführer

Die Sitzungsteilnehmer sind aus der beiliegenden Anwesenheitsliste (ANLAGE 1)
ersichtlich.


30.8.22
05.09.22

Genehmigt:

TOP	Thema
1.	Genehmigung der Niederschriften
1.1.	10. Gemeinderatssitzung vom 14.12.2021 - öffentlich
2.	Kirchheim 2030
2.1.	Neubau Rathaus; Auftragsvergaben Technik Gewerke
2.2.	Neubau Rathaus; Auftragsvergaben Dachabdichtung und Metalltüren
3.	Umbau Heimstettener Moosweg - mögliche Varianten; vertrag aus der Gemeinderatssitzung vom 18.01.2022
4.	Zuschlag und Beauftragung externer Mitarbeiter für den Wertstoffhof
5.	Integration Raumluftechnischer Anlagen in den drei Grundschulen
6.	Vorlage und Ergebnis Jahresrechnung 2021; Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben
7.	Collegium 2000 gGmbH; Vorlage des Beteiligungsberichtes 2020 (Art. 94 Abs. 3 Satz 4 GO)
8.	Erlass einer Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts
9.	Überörtliche Verkehrsplanung Raum München Ost, Gründung eines Vereins „Stadt und Land München Ost e.V.“
10.	Antrag Initiativkreis Klimaschutz vom 06.07.2021: "Klimaschutz", vertagt vom 09.11.2021
11.	Mitteilungen aus der Verwaltung
11.1.	Eingegangene Anträge
11.2.	Antworten zu Anfragen
11.3.	Sonstiges
12.	Verschiedenes
13.	Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse
14.	Anfragen aus dem Gremium

Der Erste Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Entschuldigt abwesend:

Gemeinderat	Dr. Hausladen Johann
Gemeinderat	Proffert Marcel

1. Genehmigung der Niederschriften

Beschlussvorschlag:

Gegen diese Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

1.1. 10. Gemeinderatssitzung vom 14.12.2021 - öffentlich

Beschluss:

Gegen diese Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.
--

Abstimmung:

Anwesende:	23	Ja:	23	Nein:	0
------------	----	-----	----	-------	---

2. Kirchheim 2030

2.1. Neubau Rathaus; Auftragsvergaben Technik Gewerke

Sachverhalt:

Am 02.12.2021 wurden die Ausschreibungen für die technischen Gewerke der Leistungen:

Elektroinstallation

Wärmeversorgungsanlagen

Sanitärinstallation

Lufttechnische Anlagen

Photovoltaikanlagen

auf der Vergabeplattform der EU veröffentlicht.

Bis zum Submissionstermin am 25.01.2022 gingen insgesamt sieben Angebote für die Elektroinstallationsarbeiten, eines für die Wärmeversorgungsanlagen, drei für Sanitärinstallationsarbeiten, fünf für die Lufttechnischen Anlagen und zwei für die Photovoltaikanlagen ein.

Alle eingegangenen Angebote konnten uneingeschränkt gewertet werden. Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung durch Ingenieurbüro Frey-Donaubauer-Wich.

Gemäß Kostenberechnung steht für die Leistung der Elektroinstallationsarbeiten ein Budget in Höhe von 3.174.439,30 € brutto inklusive Wartung zur Verfügung.

Gemäß Kostenberechnung steht für die Leistung der Wärmeversorgungsanlagen ein Budget in Höhe von 1.250.688,48 € brutto ohne Wartung zur Verfügung.

Gemäß Kostenberechnung steht für die Leistung der Sanitärarbeiten ein Budget in Höhe von 726.212,12 € brutto ohne Wartung zur Verfügung.

Gemäß Kostenberechnung steht für die Leistung der Lufttechnischen Anlagen ein Budget in Höhe von 1.427.947,00 € brutto ohne Wartung zur Verfügung.

Gemäß Kostenberechnung steht für die Leistung der Photovoltaikanlagen ein Budget in Höhe von 300.806,36 € brutto zur Verfügung.

Da es sich bei der Vergabe um ein noch laufendes Vergabeverfahren handelt, dürfen in der öffentlichen Sitzung keine Angaben zu Bewerbern und deren Angebotsinhalte gemacht werden. Den Vergabevorschlag finden Sie in den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen.

Beschluss:

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Elektroinstallationsarbeiten an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Der Vergabevorschlag aus den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen wird Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Wärmeversorgungsanlagen an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Der Vergabevorschlag aus den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen wird Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss 3:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Sanitärinstallationsarbeiten an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Der Vergabevorschlag aus den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen wird Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss 4:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Lufttechnische Anlagen an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Der Vergabevorschlag aus den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen wird Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss 5:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für die Photovoltaikanlagen an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Der Vergabevorschlag aus den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja:

23

Nein:

0

2.2. Neubau Rathaus; Auftragsvergaben Dachabdichtung und Metalltüren

Sachverhalt:

Am 21.12.2021 wurde die Ausschreibung für die Leistung der Metallbau Innentüren auf der Vergabeplattform der EU veröffentlicht. Bis zum Submissionstermin am 01.02.2022 Uhr gingen insgesamt fünf Angebote ein. Alle eingegangenen Angebote konnten uneingeschränkt gewertet werden. Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung durch das Architekturbüro Dürschinger ergibt sich ein klarer Bestbieter.

Gemäß Kostenberechnung steht für die Leistung der Metallbau Innentüren ein Budget in Höhe von 297.425,03 € brutto zur Verfügung.

Da es sich bei der Vergabe um ein noch laufendes Vergabeverfahren handelt, dürfen in der öffentlichen Sitzung keine Angaben zu Bewerbern und deren Angebotsinhalte gemacht werden. Den Vergabevorschlag finden Sie in den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen.

Am 13.01.2022 wurde die Ausschreibung für die Leistung Dachabdichtung auf der Vergabeplattform der EU veröffentlicht. Bis zum Submissionstermin am 15.02.2022 gingen insgesamt drei Angebote ein. Alle eingegangenen Angebote konnten uneingeschränkt gewertet werden. Nach rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung durch das Architekturbüro Dürschinger ergibt sich ein Bestbieter.

Gemäß Kostenberechnung inklusive Gewerkeumbruch steht für die Leistung der Dachabdichtung ein Budget in Höhe von 1.284.660 € brutto zur Verfügung.

Da es sich bei der Vergabe um ein noch laufendes Vergabeverfahren handelt, dürfen in der öffentlichen Sitzung keine Angaben zu Bewerbern und deren Angebotsinhalte gemacht werden. Den Vergabevorschlag finden Sie in den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen.

Beschluss:

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für das Gewerk Metallbau Innentüren an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Der Vergabevorschlag aus den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen wird Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag für das Gewerk Dachabdichtung an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben. Der Vergabevorschlag aus den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja:

23

Nein:

0

3. Umbau Heimstettener Moosweg - mögliche Varianten; vertrag aus der Gemeinderatssitzung vom 18.01.2022

Sachverhalt:

Die Junge Union stellte am 03.11.2021 den Antrag auf Rückbau der baulichen Verengungen in der Straße „Heimstettener Moosweg“. Der Antrag wurde mehrheitlich im Bauausschuss am 21.12.2021 angenommen, aufgrund eines Nachprüfungsantrags musste dieser erneut behandelt werden. Die Beratungen fanden am 18.01.2022 im Gemeinderat statt, durch den Gemeinderat erging folgender Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer bei Umsetzung des Antrags realisiert werden können und welche Auswirkungen der Rückbau der Verengungen auf den im Heimstettener Moosweg stark steigenden Radverkehr haben wird.“

Rückbau der Verengungen:

Der Beschluss über den Rückbau der bestehenden Verengungen, siehe ursprünglicher Antrag der Jungen Union vom 03.11.2021, erfolgt getrennt (nach Anlage 1) in den Beschlüssen 1-4.

Bezüglich der im Beschluss vom 18.01.2022 aufgeworfenen Frage: „[...] welche Auswirkungen der Rückbau der Verengungen auf den im Heimstettener Moosweg stark steigenden Radverkehr haben wird.“ wurde eine Stellungnahme der Radverkehrsbeauftragten eingeholt. Diese ist der Sitzungsvorlage als Anlage 4 beigefügt.

Bauliche Maßnahmen:

Aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates hat die Verwaltung nachfolgende mögliche bauliche Varianten zum Umbau der Straße „Heimstettener Moosweg“ erarbeitet.

Aktuell ist die Straße wie folgt beschaffen:

Im Abschnitt **Hauptstraße und Bajuwarenstraße:**

Fahrbahn 6,00 m breit, Gehweg (beidseitig) 1,50 m breit.

Im Abschnitt **Bajuwarenstraße und Finkenstraße:**

- Von der Bajuwarenstraße bis zur derzeitigen Engstelle:
Fahrbahn 6,50 m breit,
Gehweg (westlich) 2,50 m breit,
Grünstreifen zwischen Straße und westlichem Gehweg 2,10 m breit,
Gehweg (östlich) 2,00 m breit,
Grünstreifen zwischen Straße und östlichem Gehweg 1,90 m breit.
- Von der derzeitigen Engstelle bis zur Einmündung Finkenstraße:
Fahrbahn 5,75 m breit,
Gehweg (westlich) 1,35 m breit,
Gehweg (östlich) 2,00 m breit,
Grünstreifen zwischen Straße und östlichem Gehweg 1,90 m breit.

Im Abschnitt **Finkenstraße bis Taubenstraße:**

Fahrbahn 6,00 m breit,

Gehweg (östlich) 2,50 m breit,

Grünstreifen zwischen Straße und östlichem Gehweg von 1,90 m bis ca. 8.00 m breit.

Im Abschnitt **Taubenstraße bis Ortsende**

Fahrbahn 6,00 m breit,
Gehweg (Ostseite) 2,50 m breit,
Baumgraben zwischen Straße und östlichem Gehweg 3,00 m breit.

Näher betrachtet wurde nur das Teilstück zwischen Bajuwarenstraße und Finkenstraße, weil:

- Im Abschnitt Hauptstraße und Bajuwarenstraße die vorhandene Fahrbahnbreite nur 6,00 m beträgt, die fehlenden 50 cm für die Markierung eines einseitigen Schutzstreifens für Radfahrer aufgrund der Grundstückssituation nicht zur Verfügung stehen, und
- Ab Einmündung Finkenstraße bis Ortsende bereits ein Gehweg mit Zusatz „Radfahrer frei“ vorhanden ist.

Es ergeben sich nachfolgende Umbaumöglichkeiten (jeweils im Abschnitt Bajuwarenstraße und Finkenstraße):

Maßnahme 1:

Markierung eines einseitigen Schutzstreifens für Radfahrer auf der Ostseite der Fahrbahn im Mindestquerschnitt: 1,25 m Schutzstreifen + 5,25 m Kernfahrbahn = 6,50 m (Bestand Fahrbahn derzeit 5,75 m breit, es fehlen 0,75 m).

Konsequenz: Vom derzeitigen 1,90 m breiten Grünstreifen werden 0,75 m benötigt, alle Bäume (27 Stück) müssen gefällt werden. Rückbau Verengungen Nr. 2 und 3 (gemäß Beschluss 2 und 3) erforderlich. Ein Schutzstreifen für Radfahrer ist im Bereich „Zone 30“ unzulässig, die Geschwindigkeit müsste somit auf Tempo 50 km/h angepasst werden. Für eine Beschilderung Tempo 30 km/h liegen keine rechtlichen Grundlagen vor.

Maßnahme 2:

Markierung eines beidseitigen Schutzstreifens für Radfahrer im Mindestquerschnitt: 2 x 1,25 m Schutzstreifen + 4,50 m Kernfahrbahn = 7,00 m (Bestand Fahrbahn derzeit 5,75 m breit, es fehlen 1,25 m).

Konsequenz: Vom derzeitigen 1,90 m breiten Grünstreifen werden 1,25 m benötigt, alle Bäume (27 Stück) müssen gefällt werden. Rückbau Verengungen Nr. 2 und 3 (gemäß Beschluss 2 und 3) erforderlich. Ein Schutzstreifen für Radfahrer ist im Bereich „Zone 30“ unzulässig, die Geschwindigkeit müsste somit auf Tempo 50 km/h angepasst werden. Für eine Beschilderung Tempo 30 km/h liegen keine rechtlichen Grundlagen vor.

Maßnahme 3:

Anlage eines Gehwegs mit Zusatz „Radfahrer in beide Richtungen frei“, Verbreiterung des bestehenden 2,00 m breiten Gehwegs auf mind. 2,50 m.

Konsequenz: Vom 1,90 m breiten Grünstreifen würden nur 0,50 m benötigt. Aber selbst bei dieser Minimallösung müssten die Bäume entfallen, da man bei der baulichen Umsetzung bis an die Bäume hinarbeiten muss. Rückbau Verengungen Nr. 2 und 3 (gemäß Beschluss 2 und 3) erforderlich.

Maßnahme 4:

Einseitiger Zweirichtungs- Geh- und Radweg, Mindestbreite 3,00 m + 0,75 m Sicherheitsstreifen zur Fahrbahn = 3,75 m.

Konsequenz: Vom 1,90 m breiten Grünstreifen würden 1,75 m benötigt, sinnvoll wäre den Weg hier gleich um 15 cm breiter anzulegen, alle Bäume (27 Stück) müssen gefällt werden. Rückbau Verengungen Nr. 2 und 3 (gemäß Beschluss 2 und 3) erforderlich.

Verlegung des Fußgängerüberwegs (Zebrastreifen):

Die Verlegung des Zebrastreifens (ca. 200 m südlich, Anlage 2, Pos. 1 zu Pos. 2) in der Straße „Heimstettener Moosweg“ ist rechtlich unzulässig. Grundsätzlich sind Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) in einer Zone 30 vom Gesetzgeber nicht vorgesehen. Die Errichtung des aktuellen Fußgängerüberwegs wurde zur damaligen Zeit mit der Begründung des Schulweges, aus der „Sportparksiedlung“ in die Grund- und Mittelschule, errichtet.

Vor der Verlegung wäre eine Stellungnahme der Polizei einzuholen, auf Grund der Rechtslage wird mit einer ablehnenden Stellungnahme gerechnet.

Die über Fußgängerüberwege gesicherten Wegestrecken zwischen den Punkten (A = von/zu Bajuwarenstraße östlich, B = von/zu Finken-/Taubenstraße, C = Sportpark, D = von/zu See/Seesiedlung), siehe Anlage 2, würde sich wie folgt ändern:

A	zu	C:	Bestand:	ca.	490	m;	Neu:	ca.	320	m
B	zu	C:	Bestand:	ca.	275	m;	Neu:	ca.	485	m
A	zu	D:	Bestand:	ca.	600	m;	Neu:	ca.	220	m
B zu D: gleichbleibend										

Der Abstand zwischen Pos. 1 und Pos. 2 beträgt ca. 200m. Somit würde sich der Schulweg (zur Grund- und Mittelschule) der nördlichen Häuser der Straße „Am Sportpark“ um ca. 400 m verlängern.

Bei Verlegung des Fußgängerüberweges könnte eine Verbindung über die Räterwiese zum Fußgängerüberweg an der Räterstraße, siehe Anlage 3, errichtet werden.

Beschlussvorschlag:

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt den Rückbau der Verengung Nr.1 gemäß Anlage 1.

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt den Rückbau der Verengung Nr.2 gemäß Anlage 1.

Beschluss 3:

Der Gemeinderat beschließt den Rückbau der Verengung Nr.3 gemäß Anlage 1

Beschluss 4:

Der Gemeinderat beschließt den Rückbau der Verengung Nr.4 gemäß Anlage 1.

Beschluss 5:

Der Gemeinderat beschließt die Umsetzung der baulichen Maßnahme Nr. ____ gemäß Sachvortrag. Die Verwaltung wird beauftragt die Planungen zu konkretisieren, die Kosten zu ermitteln und dem Bauausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beschluss 6:

Der Gemeinderat lehnt die Verlegung des Fußgängerüberwegs in der Straße „Heimstettener Moosweg“, um ca. 200 m Richtung Süden, ab.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt den Rückbau der Verengung Nr.1 gemäß Anlage 1.

Abstimmung:

Anwesende:	23	Ja:	11	Nein:	12
------------	----	-----	----	-------	----

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt den Rückbau der Verengung Nr.2 gemäß Anlage 1.

Abstimmung:

Anwesende:	23	Ja:	6	Nein:	17
------------	----	-----	---	-------	----

Beschluss 3:

Der Gemeinderat beschließt den Rückbau der Verengung Nr.3 gemäß Anlage 1.

Abstimmung:

Anwesende:	23	Ja:	1	Nein:	22
------------	----	-----	---	-------	----

Beschluss 4:

Der Gemeinderat beschließt den Rückbau der Verengung Nr.4 gemäß Anlage 1.

Abstimmung:

Anwesende:	23	Ja:	11	Nein:	12
------------	----	-----	----	-------	----

Dr. Magnus Harlander
Vorstandsvorsitzender
SV-Heimstetten e.V.
Am Sportpark 2
85551 Kirchheim



SV-Heimstetten e.V. Am Sportpark 2, 85551 Kirchheim

Gemeinderäte
der Gemeinde Kirchheim

07.03.22 - Kirchheim

Betreff: Straßenverengung Heimstettener Moosweg

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den morgigen Gemeinderat liegt Ihnen eine Beschlussvorlage vor, laut der im Kern die Straßenverengungen im Heimstettener Moosweg auf Höhe des Sportparks entfernt werden sollen.

So viel Verständnis ich für Behinderung habe, die die Autofahrer an dieser Stelle empfinden, möchte ich Sie nachdrücklich darauf hinweisen, dass gerade an der Kreuzung Heimstettener Moosweg / Bajuwarenstraße ein erhebliches Gefahrenpotential für viele hundert Kinder und Jugendliche existiert, welches durch die Öffnung des Heimstettener Mooswegs weiter vergrößert wurde.

Diese Kreuzung wird zu Schulzeiten täglich zweimal während der Stoßzeiten am Morgen und Mittags von dutzenden oder mehr Schulkindern aus Aschheim und Feldkirchen überquert.

Abends - zur dritten Stoßzeit - muss die Kreuzung jede Woche von hunderten von Kindern, die am Sportpark Sport betreiben, überquert werden. Das betrifft gut 500 Kinder, die Fußball oder Tennis im Verein spielen und viele weitere, die die offenen Sportangebote im Soccer-5, dem Beach-Volleyball-Platz oder auf den Nebenplätzen nutzen. Alleine im Fußball hat der SVH über 20 Jugendmannschaften in der Altersspanne von 5 Jahren bis 18 Jahren. Diese Kinder haben mehrmals die Woche Training und am Wochenende regelmäßig Spiele und viele davon gehen oder fahren selbständig zum Sportpark und müssen dabei genau über diese Kreuzung.

Die Kreuzung ist wegen fehlender ausgewiesener Fahrradwege in allen vier Fahrtrichtungen, enger Fußwege und völlig fehlender Hilfestellungen für Fußgänger und Radfahrer zur Straßenquerung ohnehin sehr gefährlich und würde durch die Öffnung zu einem echten Unfallbrennpunkt. Es steht sicher außer Zweifel, dass die durchschnittlichen Geschwindigkeiten der Fahrzeuge ansteigen würden

SV Heimstetten e.V. Am Sportpark 2, 85551 Kirchheim
Vorstandsvorsitzender: Dr. Magnus Harlander
IBAN: DE49 7025 0150 0430 2502 33
Web: <http://www.sv-heimstetten.de>
Mail: vorstand@sv-heimstetten.de

und damit das Queren der Straße viel gefährlicher würde. Ich bitte Sie das in Ihre Entscheidung einzubeziehen. Es wäre durchaus im Interesse der Anwohner und Kinder, wenn die Gemeinde einen Weg fände, den Fußgängern und Fahrradfahrern an dieser Stelle mehr Raum einzuräumen und damit dem Claim einer fahrradfreundlichen Gemeinde gerecht zu werden. Z.B. durch:

- Ein Zebrastreifen über den Heimstettener Moosweg auf Höhe der Bajuwarenstraße
- oder alternativ die Verlegung des Zebrastreifens an der Finkenstraße.
- oder eine Ampel
- Erstellung von durchgehenden echten Radwegen, die von Verkehr und Fußgängern getrennt sind
- Fahrbahnschwellen zur Geschwindigkeitsreduzierung

Ohne derartige oder vergleichbare Maßnahmen müssen wir dem Umbau der Verengungen im Sinne unserer Kinder eine strikte Absage erteilen und ich hoffe dabei auf Ihr Verständnis und Verantwortungsgefühl.

Mit besten Grüßen,



Magnus Harlander

Vorstandsvorsitzender

4. Zuschlag und Beauftragung externer Mitarbeiter für den Wertstoffhof

Sachverhalt:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Beschluss 3:

Der Gemeinderat beschließt, die Integration einer Raumluftechnischen Anlage im Zuge der anstehenden Generalsanierung der Grund- und Mittelschule Kirchheim durch das für die haustechnische Planung zu beauftragende Fachplanungsbüro weiterzuverfolgen.

Abstimmung:

Anwesende: 23 Ja: 22 Nein: 1

Beschluss 4:

Antrag von GRM Heinz-Fischer:

Der Gemeinderat beschließt die sofortige Beschaffung von mobilen Luftreinigungsgeräten für alle drei Grundschulen.

Abstimmung:

Anwesende: 23 Ja: 6 Nein: 17

6. Vorlage und Ergebnis Jahresrechnung 2021; Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben

Sachverhalt:

Die Jahresrechnung 2021 ist gem. §§ 77, 78, 79 KommHV fertig gestellt. Das Haushaltsjahr 2021 schließt im **Verwaltungshaushalt** mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils **41.075.831,60 Euro**, im **Vermögenshaushalt** mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils **23.719.127,45 Euro** (s. Anlage: Feststellung des Ergebnisses).

Die im Haushaltplan 2021 veranschlagten Defizite im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt kamen nicht in der veranschlagten Höhe zum Tragen, das Ergebnis des Haushaltsjahres 2021 stellt sich somit insgesamt deutlich positiver dar als noch im Laufe des Jahres absehbar.

So konnte sowohl im Verwaltungs- wie im Vermögenshaushalt ein nicht zu erwartender Überschuss erzielt werden.

Möglich wurde dies zum einen im Verwaltungshaushalt durch Minderausgaben in vielen Bereichen wie z.B. den Personal-, Unterhalts- und Betriebsausgaben sowie bei den Zuschüssen und der beträchtlichen Gewerbesteuer-Mehreinnahmen.

Zum anderen wurden im Vermögenshaushalt nicht alle Investitionen im geplanten Umfang realisiert, die jedoch im Jahr 2022 weitergeführt werden sollen.

Auf den beiliegenden ausführlichen **Rechenschaftsbericht** (Anlage A) sowie auf die Übersicht über die zum Ende des Haushaltsjahres 2021 gebildeten (neuen) Haushaltsausgabereste und Haushaltseinnahmereste (Anlage B) wird verwiesen.

Die Bestände und Veränderungen der Schulden und Rücklagen gem. § 77 Abs. 3 KommHV werden im Rechenschaftsbericht nachgewiesen.

Es liegen ebenfalls sowohl eine Vermögensübersicht (Beteiligungen) (Anlage 1), eine Aufstellung der mittelbaren Schulden (Anlage 2) und die Anlagennachweise zur Abfallwirtschaft (Anlage 3) sowie dem Bereich Friedhof (Anlage 4) als auch der Rechnungsquerschnitt (Anlage 5) und die Gruppierungsübersicht (Anlage 6) gem. § 77 Abs. 2 und § 75 KommHV bei.

Weiterhin liegt unter nö TOP 10.1 Nicht-öffentliche Anlagen der öffentlichen Sitzung als Anlage 7 eine Übersicht zu den unerledigten Verwahr- und Vorschussskonten 2021 (nö) bei.

Bevor die Jahresrechnung vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich zu prüfen ist, sind die über- und außerplanmäßigen Ausgaben lt. beigefügter Aufstellung (Anlage C) vom Gemeinderat zu genehmigen. Ein Großteil dieser Posten wurde bereits in der GR-Sitzung am 07.12.2021 genehmigt.

Zur Begründung wird jeweils auf die Anlage verwiesen.

Eine Präsentation mit zeitlichem Überblick zu den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben Im Verwaltungs- sowie im Vermögenshaushalt liegt dieser Beschlussvorlage zur allgemeinen Information zusätzlich bei.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Fertigstellung der Jahresrechnung 2021 zur Kenntnis gem. Art. 102 Abs. 2 GO (Gemeindeordnung).
Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt.
Der Rechnungsprüfungsausschuss wird mit der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2021 beauftragt.

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja:

23

Nein:

0

7. Collegium 2000 gGmbH; Vorlage des Beteiligungsberichtes 2020 (Art. 94 Abs. 3 Satz 4 GO)

Sachverhalt:

Gemäß Art. 94 Abs. 3 GO ist jährlich ein Beteiligungsbericht der Collegium 2000 gemeinnützige GmbH zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Gemeinderat erhält hiermit den Beteiligungsbericht für das Jahr 2020 (s. Anlage).

Nach dieser Sitzung wird ortsüblich darauf hingewiesen, dass jeder Einsicht in den Bericht nehmen kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Beteiligungsbericht 2020 der Collegium 2000 gGmbH Kenntnis gemäß Art. 94 Abs. 3 Satz 4 GO.

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja: 23

Nein: 0

8. Erlass einer Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat sich unlängst die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts angesehen und Änderungsbedarfe festgestellt. Ferner möchten wir dem Gemeinderat vorschlagen, die Entschädigungsregelungen zu modifizieren.

I. Historie der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Die Satzung wurde vom Gemeinderat am **10.06.2014** beschlossen. Am **09.11.2015** wurde eine Änderungssatzung aufgrund eines Schreibens der Rechtsaufsichtsbehörde verabschiedet. Hier hatte die Verwaltung dem Gemeinderat vorgeschlagen, die Grundentschädigung bzw. das Sitzungsgeld von 40,00 Euro auf 50,00 Euro zu erhöhen. Dieser Vorschlag wurde mit 20:5 Stimmen abgelehnt. In der Sitzung vom **11.05.2020** - konstituierende Sitzung - wurde die 2. Änderungssatzung aufgrund der neuen Ausschussstruktur einstimmig verabschiedet. Von einer Erhöhung des Sitzungsgelds und der Technikpauschale hat der Gemeinderat Abstand genommen. Zur besseren Übersicht haben wir der Sitzungsvorlage eine sogenannte „Lesefassung“ (mit allen Änderungen) als Anlage 1 beigefügt.

Ausbezahlte Entschädigungen in der Legislaturperiode 2014-2020:

	Sitzungsgeld	Technikpauschale	Summe/Jahr	Ø je Mitglied
2014	19.187 €	8.160 €	27.347 €	1.139 €
2015	34.161 €	7.180 €	41.341 €	1.723 €
2016	37.281 €	7.200 €	44.481 €	1.853 €
2017	24.641 €	6.840 €	31.481 €	1.312 €
2018	18.921 €	8.800 €	27.721 €	1.155 €
2019	18.921 €	10.080 €	29.001 €	1.208 €
2020	20.856 €	6.960 €	27.816 €	1.159 €
	173.968 €	55.220 €	229.188 €	

Ø je
Mitglied
2014-
2020

7.249 € 2.301 € 9.550 €

Änderungsvorschläge für die 3. Satzung zur Änderung der Satzung

1. Für die Teilnahme an **Fraktionssitzungen**, die der Vorbereitung einer Sitzung des Gemeinderats oder eines Ausschusses dient, soll als Entschädigung ein Sitzungsgeld für die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder von je **40,00 Euro** für **maximal 24 Fraktionssitzungen** jährlich ausbezahlt werden.

Begründung

Die Fraktionsarbeit ist ein elementarer Bestandteil für den Willensbildungsprozess in den kommunalen Gremien. Der persönliche Aufwand der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder sollte gewürdigt bzw. entschädigt werden. Ausgehend davon, dass pro Monat mindestens eine Gemeinderatssitzung und eine Sitzung eines Ausschusses stattfindet, ergibt sich die jährliche Höchstgrenze von 24 entschädigten Fraktionssitzungen.

Finanzielle Auswirkungen

Ausgehend davon, dass 24 ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder den 24 entschädigten Fraktionssitzungen beiwohnen, ergibt sich ein finanzieller Mehraufwand für die Gemeinde von **23.040 €** (24 x 40 € x 24).

Sollte sich der Gemeinderat für die Einführung von entschädigten Fraktionssitzungen aussprechen, darf darauf hingewiesen werden, dass diese Mittel nicht im Haushalt vorgesehen sind und diese überplanmäßig verausgabt werden müssten. Die Zuständigkeit hierfür liegt beim Ersten Bürgermeister, vgl. § 12 Abs. 3 Nr. 3 GeschO.

2. Regelung zur Auszahlung der Entschädigungen.

In der Vergangenheit wurden die Entschädigungen unregelmäßig ausbezahlt. Es sollte geregelt werden, dass die Auszahlung vierteljährlich erfolgt. Sollte sich der Gemeinderat für die Einführung von entschädigten Fraktionssitzungen aussprechen, wäre aus unserer Sicht zwingend festzuschreiben, dass die Fraktionssprecher in der Nachweispflicht bzgl. der Teilnahme an den Fraktionssitzungen sind. Ein proaktives Tätigwerden der Verwaltung kann nicht erfolgen.

3. In § 4 Abs. 1 heißt es:

„Der Erste Bürgermeister ist Beamter auf Zeit gem. Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 KWBG.“

Es wird folgende deklaratorische Neufassung vorgeschlagen:

„Der Erste Bürgermeister ist Vorsitzender des Gemeinderats und Leiter der Gemeindeverwaltung (Art. 36, 37 GO). Er ist Beamter auf Zeit.“

Der sich aus den vorgenannten Änderungsvorschlägen ergebende Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts haben wir als Anlage 2 dem Sachvortrag beigefügt.

Haushaltrechtliche Auswirkungen (Stellungnahme der Kämmerei):

Im Haushalt sind keine Mittel für entschädigte Fraktionssitzungen vorgesehen und müssten überplanmäßig verausgabt werden. Die Zuständigkeit hierfür liegt beim Ersten Bürgermeister, vgl. § 12 Abs. 3 Nr. 3 GeschO.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts als Satzung. Dieser Satzungsentwurf, der der Sitzungsniederschrift beigelegt wird, ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja:

7

Nein:

16

Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts der Gemeinde Kirchheim b. München (Lesefassung)

Gemeinderatsbeschluss:	10.06.2014	Ausgefertigt:	25.06.2014
Geändert durch Gemeinderatsbeschluss vom	09.11.2015	Ausgefertigt:	10.11.2015
Geändert durch Gemeinderatsbeschluss vom	11.05.2020	Ausgefertigt:	27.05.2020

Die Gemeinde Kirchheim b. München erlässt auf Grund der Art. 20 a, 23, 32, 33, 34, 35, 40, 41, 88 und 103 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern folgende Satzung:

§ 1

Zusammensetzung des Gemeinderats

Der Gemeinderat besteht aus dem berufsmäßigen ersten Bürgermeister und vierundzwanzig ehrenamtlichen Mitgliedern.

§ 2

Ausschüsse

(1) Der Gemeinderat bestellt zur Mitwirkung bei der Erledigung seiner Aufgaben folgende ständige Ausschüsse:

- a) den Hauptausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und zehn ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- b) den Bauausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und zehn ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- c) den Ferienausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und zehn ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- d) den Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus sieben Mitgliedern des Gemeinderats.

(2) ¹Den Vorsitz in den in Absatz 1 Buchst. a) – c) genannten Ausschüssen führt der erste Bürgermeister. ²Im Rechnungsprüfungsausschuss führt ein vom Gemeinderat bestimmtes Ausschussmitglied den Vorsitz.

(3) ¹Die Ausschüsse sind vorberatend tätig, soweit der Gemeinderat selbst zur Entscheidung zuständig ist. ²Im übrigen beschließen sie anstelle des Gemeinderats (beschließende Ausschüsse).

(4) Das Aufgabengebiet der Ausschüsse im Einzelnen ergibt sich aus der Geschäftsordnung, soweit es nicht durch gesetzliche Bestimmungen festgelegt ist.

§ 3

Tätigkeit der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder;

Entschädigung

(1) ¹Die Tätigkeit der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erstreckt sich auf die Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse. ²Außerdem können einzelnen Mitgliedern besondere Verwaltungs- und Überwachungsbefugnisse nach näherer Vorschrift der Geschäftsordnung übertragen werden.

(2) ¹Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit als Entschädigung ein Sitzungsgeld von je 40,00 € für die notwendige Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats, eines Ausschusses oder einer Arbeitsgemeinschaft. ²Das gleiche gilt für die Teilnahme an Sitzungen von Zweckverbänden, Vereinen und anderen Organisationen, wenn diese hierfür kein Entschädigung gewähren und die teilnehmenden Gemeinderatsmitglieder durch Gemeinderatsbeschluss als Vertreter des Gemeinderates bestellt worden sind.

(3) ¹Gemeinderatsmitglieder, die Arbeiter oder Angestellte sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstaufschlags. ²Selbstständig Tätige erhalten eine Pauschalentschädigung von 15,00 € je volle Stunde für den Verdienstaufschlag, der durch Zeitversäumnis ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist. ³Sonstige Gemeinderatsmitglieder, denen im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten eine Pauschalentschädigung von 15,00 € je volle Stunde. ⁴Die Ersatzleistungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag gewährt.

(4) Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhalten für auswärtige Tätigkeit Reisekosten und Tagegelder nach den Bestimmungen des Bayerischen Reisekostengesetzes.

(5) Die vom Gemeinderat bestätigten Mitglieder aus der Bevölkerung in Beiräten, Kuratorien und Arbeitskreisen/Arbeitsgruppen erhalten ein Sitzungsgeld von je 26,00 € für die notwendige Teilnahme an Sitzungen der betreffenden Beiräte, Kuratorien und Arbeitskreise/Arbeitsgruppen. Diese Regelung wird auch auf Gemeinderatsmitglieder in Beiräten angewendet.

(6) Ehrenamtlich tätige Gemeindeglieder können für die Wahrnehmung gemeindlicher Angelegenheiten für jede volle Stunde der dazu erforderlichen Beanspruchung eine Entschädigung in Höhe von 5,00 € erhalten, sofern sie vom ersten Bürgermeister mit einer

Aufgabe im gemeindlichen Interesse betraut worden sind und sie keinen Anspruch auf Entschädigung in anderer Weise durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit erlangen.

(7) Jedem Gemeinderatsmitglied, das auf eigene Erklärung elektronisch geladen wird oder das am Ratsinformationssystem der Gemeinde Kirchheim b. München teilnimmt, erhalten eine monatliche Technikpauschale von 30,00 €.

§ 4

Erster Bürgermeister

(1) Der erste Bürgermeister ist Beamter auf Zeit gem. Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 KWBG.

(2) ¹Er erhält Dienstbezüge nach dem Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (KWBG). Die Dienstaufwandsentschädigung (Art. 46 KWBG) und die Reisekostenpauschale werden durch Beschluss des Gemeinderates festgesetzt.

§ 5

Weitere Bürgermeister

(1) Der zweite und der dritte Bürgermeister ist Ehrenbeamter.

(2) Sie haben Anspruch auf weitere, neben der Entschädigung als Mitglied des Gemeinderates (§ 3), zu gewährende Entschädigung nach dem Maß ihrer besonderen Inanspruchnahme als zweiter oder dritter Bürgermeister. Die Höhe der weiteren Entschädigung wird durch Beschluss des Gemeinderates festgesetzt, der im Einvernehmen mit den Ehrenbeamten ergehen muss (Art. 53 Abs. 4 und Art. 54 KWBG).

§ 6

Inkrafttreten

¹Diese Satzung ist mit Wirkung vom 10.06.2014 in Kraft getreten. ²Die 1. bzw. 2. Satzung zur Änderung der Satzung vom 10.11.2015 bzw. 27.05.2020 ist am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft getreten.

Entwurf

Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Die Gemeinde Kirchheim b. München erlässt aufgrund der Art. 20a, 23, 32, 33, 34, 35, 40, 41, 88 und 103 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern folgende Satzung:

§ 1

Die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts der Gemeinde Kirchheim b. München vom 25.06.2014 in der Fassung der 1. Änderung vom 10.11.2015 und 2. Änderung vom 27.05.2020 wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird in Absatz 2 folgender Satz 3 angefügt: „³Für die Teilnahme an einer Fraktionssitzung, die der Vorbereitung einer Sitzung des Gemeinderats oder eines Ausschusses dient, erhalten die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder als Entschädigung ein Sitzungsgeld von je 40,00 € für maximal 24 Fraktionssitzungen jährlich.“
- b) Es wird folgender Absatz 8 neue eingefügt: „¹Die Entschädigungen nach Abs. 2 Satz 1, 2 und 3 sowie Abs. 7 werden vierteljährlich abgerechnet.²Für den Nachweis über die Teilnahme an Fraktionssitzungen nach Abs. 2 Satz 3 sind die Fraktionssprecher verantwortlich.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

Absatz 1 erhält folgende neue Fassung: „¹Der erste Bürgermeister ist Vorsitzender des Gemeinderats und Leiter der Gemeindeverwaltung (Art. 36, 37 GO). ²Er ist Beamter auf Zeit.“

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die mit dieser Satzung geänderten Vorschriften der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts außer Kraft.

9. Überörtliche Verkehrsplanung Raum München Ost, Gründung eines Vereins „Stadt und Land München Ost e.V.“

Sachverhalt:

Hintergrund

Die Gemeinden Anzing, Aschheim, Feldkirchen, Finsing, Forstinning, Haar, Kirchheim b. München, Pliening, Poing, Vaterstetten, der Markt Markt Schwaben, sowie die Landeshauptstadt München mit den Stadtbezirken Bogenhausen und Trudering Riem haben seit dem Jahr 2016 in einem intensiven zweistufigen Abstimmungsprozess ein räumliches Entwicklungskonzept mit Maßnahmenvorschlägen erarbeitet. Vertreter der Kommunen haben sich im März 2021 darauf geeinigt, hierfür die Gründung eines Vereins vorzusehen. Ein Verein ist die am besten geeignete Organisationsform, um der auf Dauer angelegten Zusammenarbeit der Kommunen einen institutionellen Rahmen zu geben. Vorbildgebende Beispiele in der Region sind der Verein Dachauer Moos e.V., der Heideflächenverein Münchener Norden e.V., der Erholungsflächenverein e.V. und der Verein Regionalmanagement München Südwest e.V..

Vorgesehene Themen und Maßnahmen

Als Grundlage für die Arbeit des Vereins dienen der Bericht *Stufe 2 Überörtliche Verkehrsplanung Raum München Ost* vom 04.05.2020 und die darin enthaltenen Entwicklungsziele und Maßnahmen. Schwerpunkt der Zusammenarbeit sind demnach Maßnahmen in den Bereichen Verkehr/Mobilität, Siedlungsentwicklung und Landschaft. In dem Treffen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Anfang 2021 wurden weitere Themen, wie z. B. Digitalisierung, gemeinsame Anlaufstelle für juristische Fragen, z. B. Vergaben, angesprochen. Eine Zusammenarbeit in solchen zusätzlichen Themenfeldern wurde als grundsätzlich sinnvoll beurteilt und soll in der laufenden Arbeit des Vereins beraten werden.

Vereinsgründung, Satzung, Finanzierung

Vereinsmitglieder sollen die eingangs genannten, bisher am Prozess beteiligten Kommunen, also die Gemeinden Anzing, Aschheim, Feldkirchen, Finsing, Forstinning, Haar, Kirchheim b. München, Pliening, Poing, Vaterstetten, der Markt Markt Schwaben, sowie die Landeshauptstadt München, werden. Der Zweck des Vereins ist die städte- und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der räumlichen Entwicklung zur Umsetzung gemeinsamer Ziele und Maßnahmen im Raum München Ost.

Die Gemeinde Vaterstetten hat sich bereiterklärt, die Formalitäten bei der Gründung des Vereins und zu dessen Eintragung in das Vereinsregister zu erledigen. Sie steht auch bereit, für die ersten drei Jahre den Vorsitz zu übernehmen. Die Geschäftsstelle des Vereins wird sich damit zunächst in der Gemeinde Vaterstetten befinden. Nähere Angaben zur Struktur des Vereins enthält der Satzungsentwurf (vgl. Anlage 1).

Der Verein finanziert sich über Beiträge, die die 12 Mitgliedskommunen nach einem in der Anlage festgelegten Schlüssel entrichten (vgl. Anlage 2). Außerdem sollen öffentliche und private Zuschüsse beantragt bzw. akquiriert werden. Eine Gemeinnützigkeit des Vereins ist nach einer Auskunft des zuständigen Finanzamtes Erding wohl nicht möglich. Eine verbindliche Prüfung kann nach Gründung des Vereins erfolgen. Der entsprechende Passus in der Satzung kann dennoch verbleiben, weil er unschädlich ist.

Beabsichtigt ist die Einstellung eines Mitarbeiters/einer Mitarbeiterin (1,0 Stelle). Der/die Mitarbeiter/in hat seine/ihre Arbeitsstelle im Rathaus der Gemeinde Vaterstetten. Die Kommune enthält hierfür einen Kostenausgleich der Raum- und Sachkosten.

Die Personaldurchschnittskosten eines Mitarbeiters (Vollzeit) betragen zwischen 74.550 € (E10) und 97.275 € (E14). Vorgesehen ist die Einstellung eines Mitarbeiters in E10/E 11.

Das Haushaltsvolumen des Vereins ist im Wesentlichen abhängig von dem einzustellenden / zu beanspruchenden Personal und den vorgesehenen Projektkosten.

Nach der derzeitigen Planung beträgt das jährliche Haushaltsvolumen des Vereins rund 80.000 € zzgl. der jeweiligen Projektkosten abzgl. evtl. Förderungen. Der Vereinsbeitrag der Gemeinde Kirchheim beläuft sich demnach auf voraussichtlich 7.136 € (= 8,92 % von 80.000 €) im ersten Jahr. Der Verein rechnet jährlich den Finanzbedarf mit den Mitgliedern ab.

Weitere Schritte

Die Kommunen fassen in den kommenden Monaten die Beschlüsse zum Beitritt zu dem zu gründenden Verein. Die Gemeinde Vaterstetten wickelt die Eintragung ins Vereinsregister ab. Sie beruft künftig die Sitzungen der Vereinsorgane ein und bereitet sie vor. In diesen werden sodann die notwendigen Entscheidungen des Vereins getroffen.

Anlagen Sachvortrag:

- 1) Satzungsentwurf Verein „Kommunen im Raum München Ost – Ostallianz e.V.“, Stand 18.11.2021
- 2) Tabelle zur Errechnung der Mitgliedsbeiträge der Kommunen

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Sachvortrag Kenntnis und beschließt die Teilnahme an der Gründung eines gemeinnützigen Vereins „Stadt und Land München Ost e.V.“. Der Zweck des Vereins ist die städte- und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der räumlichen Entwicklung zur Umsetzung gemeinsamer Ziele und Maßnahmen im Raum München Ost. Der Verein finanziert sich durch Beiträge der Mitgliedskommunen. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt entsprechende Erklärungen zur Gründung des Vereins und zur Eintragung in das Vereinsregister abzugeben.

Abstimmung:

Anwesende: 23

Ja:

23

Nein:

0

**Stadt und Land München
Ost e.V.**

(Ostallianz)

Verein zur städte- und gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der räumlichen Entwicklung zur Umsetzung gemeinsamer Ziele und Maßnahmen im Raum München Ost

Gründungsversammlung am
xx.xx.2022 in Vaterstetten

Verein Stadt und Land München Ost
e. V.

Eintragung in das Vereinsregister
am XX.XX.2022

Änderungen:

Verein Stadt und Land München Ost e.V.

- Satzung -

§ 1 Name, Vereinsgebiet, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen „Stadt und Land München Ost e.V.“.
- (2) Das Vereinsgebiet besteht zum Zeitpunkt der Gründung aus den jeweiligen Gebieten der Gemeinden Anzing, Aschheim, Feldkirchen, Finsing, Forstinning, Haar, Kirchheim b. München, Pliening, Poing, Vaterstetten, des Markts Markt Schwaben und das Gebiet der Stadt München (Stadtbezirke Bogenhausen und Trudering Riem). Es kann sich erweitern um die Gebiete der neu aufgenommenen Mitglieder (§ 4).
- (3) Der Sitz des Vereins ist Vaterstetten.
- (4) Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden.
- (5) Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

Zweck des Vereins ist die städte- und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der räumlichen Entwicklung zur Umsetzung gemeinsamer Ziele und Maßnahmen im Raum München Ost.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt unmittelbar und ausschließlich die gemeinnützigen Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- (2) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Vereins an die in § 4 Abs. 1 der Satzung genannten juristischen Personen des öffentlichen Rechts prozentual nach den durchschnittlichen Mitgliedsbeiträgen der vergangenen fünf Jahre.

§ 4 Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind die Gemeinden Anzing, Aschheim, Feldkirchen, Finsing, Forstinning, Haar, Kirchheim b. München, Pliening, Poing, Vaterstetten, der Markt Markt Schwaben sowie die Landeshauptstadt München.
- (2) Über die Aufnahme weiterer Mitglieder beschließt die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstands nach vorangegangenem schriftlichem Aufnahmeantrag des Bewerbers.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft wird durch Auflösung, durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss beendet.
- (2) Der freiwillige Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Monaten zum Schluss des Kalenderjahres zu erklären.
- (3) Ein Mitglied kann aus wichtigem Grund durch Beschluss des Vorstandes ausgeschlossen werden.
- (4) Vor der Beschlussfassung hierüber ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Betroffenen durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein bekannt zu machen. Dem Betroffenen steht das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses einzulegen.
- (5) Die Mitgliederversammlung muss binnen zweier Monate nach Eingang der Berufung stattfinden.

§ 6 Finanzierung

- (1) Die Mitglieder leisten jährlich Beiträge, die jeweils zum 1. Februar des Jahres fällig werden. Die Beiträge werden von den Mitgliedern nach folgendem Schlüssel getragen:
- (2) Die Landeshauptstadt München trägt pauschal 17 v.H. der anfallenden jährlichen Beiträge. Die Beiträge der weiteren Kommunen errechnen sich zu je einem Drittel aus
 - a. der vom Stat. Landesamt festgestellten Einwohnerzahl der Kommunen zum 31.12. des Vorvorgeschäftsjahrs,
 - b. der von der Bundesagentur für Arbeit für das Vorvorgeschäftsjahr festgestellten Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort und

c. der Gebietsfläche der Kommunen.

- (3) Die Mitgliederversammlung beschließt über die Höhe der Mitgliedsbeiträge. Im Übrigen wird der Finanzbedarf des Vereins durch Zuwendungen Dritter, z.B. Zuschüsse, gedeckt. Im Einzelfall können Finanzierungen besonderer Projekte nach anderem Schlüssel abgerechnet werden.

§ 7 Organe

Organe des Vereins sind:

- die Mitgliederversammlung,
- der Vorstand.

§ 8 Mitgliederversammlung

- (1) Jedes Mitglied wird von seinem gesetzlichen Vertreter oder einer von ihm benannten Person vertreten. Jedes Mitglied hat nur eine Stimme, die von dem gesetzlichen Vertreter oder einer von ihm benannten Person abgegeben wird.
- (2) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung, von Tagungsort und -zeit sowie unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen einberufen.
- (3) Eine Mitgliederversammlung ist einzuberufen:
- einmal im Jahr, spätestens zu Beginn des 4. Quartals,
 - wenn es das Interesse des Vereins erfordert,
 - wenn ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe der Gründe und des Zweckes verlangt.
- (4) Die Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:
- die Wahl des/der Vorsitzenden und der drei stellvertretenden Vorsitzenden,
 - die Genehmigung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Vorstands,
 - die Festsetzung des Haushaltsplans,
 - die Wahl der Kassenprüfer,
 - die Beschlussfassung über die Aufnahme neuer Mitglieder,
 - die Beschlussfassung über Maßnahmen und Projekte,
 - die Änderung der Satzung,
 - die endgültige Beschlussfassung über den Ausschluss von Mitgliedern, sofern ein Berufungsantrag nach § 5 Abs. 4 dieser Satzung vorliegt,
 - die Auflösung des Vereins.
- (5) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Zu einem Beschluss über die Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von drei Viertel, zu einem Beschluss über die Auflösung des Vereins eine Mehrheit von vier Fünftel der Mitglieder erforderlich. Der Zweck des Vereins kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder verändert werden. Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich nachgebracht werden.

- (6) Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter; dieser ist der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter. Die Abstimmung muss geheim erfolgen, wenn ein Drittel der anwesenden Mitglieder dies beantragt.
- (7) Über die Mitgliederversammlung ist eine Ergebnisniederschrift anzufertigen, die vom Protokollführer und dem Versammlungsleiter unterzeichnet wird. Sie ist den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

§ 9 Vorstand

- (1) Der Vorsitzende und drei stellvertretende Vorsitzende werden von der Mitgliederversammlung und auf die Dauer von drei Jahren, längstens für die Dauer ihrer Amtsperiode in der Mitgliedskörperschaft, gewählt. Sie scheiden aus dem Vorstand aus, wenn die Mitgliedschaft ihrer Gebietskörperschaft gem. § 5 dieser Satzung endet.
- (2) Der Vorstand ist zuständig für alle Angelegenheiten, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Organ des Vereins vorbehalten sind.
- (3) Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der/die Vorsitzende/n und die drei stellvertretenden Vorsitzenden. Dieser Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Jedes Vorstandsmitglied ist einzelvertretungsberechtigt.
- (4) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.
- (5) Der Vorstand kann Aufgaben, für die er zuständig ist, dauernd oder im Einzelfall, auf einzelne Mitglieder übertragen. Er kann mit Zustimmung der Mitgliederversammlung zur Erledigung der laufenden Geschäfte einen hauptamtlichen Geschäftsführer einstellen.
- (6) Der Vorstand kann einen „Geschäftsführenden Vorstand“ benennen. Der Vorstand kann diesem Vereinsaufgaben übertragen mit Ausnahme der Vorgänge, die nach § 26 BGB dem gesetzlichen Vertreter des Vereins vorbehalten sind. Vertretungsmacht und Arbeitsweise des „Geschäftsführenden Vorstands“ werden in einer Geschäftsordnung geregelt. Die Übertragung der Aufgaben an den „Geschäftsführenden Vorstand“ endet mit der Neuwahl des Vorstandes.
- (7) Der Vorstand ist grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Die Mitgliederversammlung kann eine angemessene, jährliche, pauschale Tätigkeitsvergütung für Vorstandsmitglieder und den „Geschäftsführenden Vorstand“ beschließen.

§ 10 Arbeitsweise des Vorstands

- (1) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse in der Regel in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von einem stellvertretenden Vorsitzenden, schriftlich, fernmündlich oder per e-mail einberufen werden. Dabei ist eine Einberufungsfrist von mindestens einer Woche einzuhalten.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung. Ein Vorstandsbeschluss kann auch auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung hierzu erklären.
- (3) Über die Sitzung ist eine Ergebnisniederschrift anzufertigen, die insbesondere die Beschlüsse, deren wesentliche Inhalte und deren Umsetzung beinhalten. Die Niederschrift ist vom Protokollführer und dem Sitzungsleiter zu unterschreiben. Sie wird den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

§ 11 Kassenprüfer

- (1) Der Verein wird von mindestens zwei Kassenprüfern, die nicht Mitglied im Vorstand sind, geprüft.

§ 12 Inkrafttreten

- (2) Diese Satzung tritt mit der Eintragung des Vereins in das Vereinsregister in Kraft (im Register des Amtsgerichtes München am XX.XX.2022 eingetragen).

Satzungstext: Stand: 23.02.2022

Quelle:

Statistisches Landesamt / Bundesagentur für Arbeit

	Einwohner 31.12.2019	Einwohner Gewichtung 0,33	SvB am Arbeitsort 30.06.2019	SvB am Arbeitsort Gewichtung 0,33	Gebietsfläche Ha	Gebietsfläche Gewichtung 0,33	Summe	Anteil Kosten %
Anzing	4.386	1.447	1.219	402	1.618	534,04	2.384	2,89
Forstinning	3.861	1.274	1.695	559	1.227	404,93	2.238	2,71
Markt Schwaben	13.818	4.560	5.495	1.813	1.087	358,59	6.732	8,16
Vaterstetten	24.404	8.053	6.503	2.146	3.408	1.124,56	11.324	13,73
Piltening	5.690	1.878	1.152	380	2.279	752,06	3.010	3,65
Poing	16.122	5.320	6.594	2.176	1.292	426,39	7.923	9,61
Finsing	4.693	1.549	1.113	367	2.318	764,88	2.681	3,25
Aschheim	9.306	3.071	13.780	4.547	2.805	925,73	8.544	10,36
Feldkirchen	7.552	2.492	7.726	2.550	641	211,61	5.253	6,37
Haar	21.476	7.087	10.530	3.475	1.290	425,83	10.988	13,33
Kirchheim b.München	12.811	4.228	7.934	2.618	1.550	511,63	7.357	8,92
Summen Gemeinden	124.119		63.741		19.516		68.434	83,00
LHM BA 13 + BA 15	163.504		66.604		4.616		0	17,00
Summen gesamt	287.623		130.345		24.132		68.434	100,00

BA13/15: Vermutlich Einwohner gemäß Einwohnermeldeamt - und nicht Statistischem Landesamt für BA13/15: 31.12.2019; SvB am Wohnort (am Arbeitsort lt. Statistischem Amt der Stadt München nur auf gesamtstädt. Ebene)

10. Antrag Initiativkreis Klimaschutz vom 06.07.2021: "Klimaschutz", vertagt vom 09.11.2021

Sachverhalt:

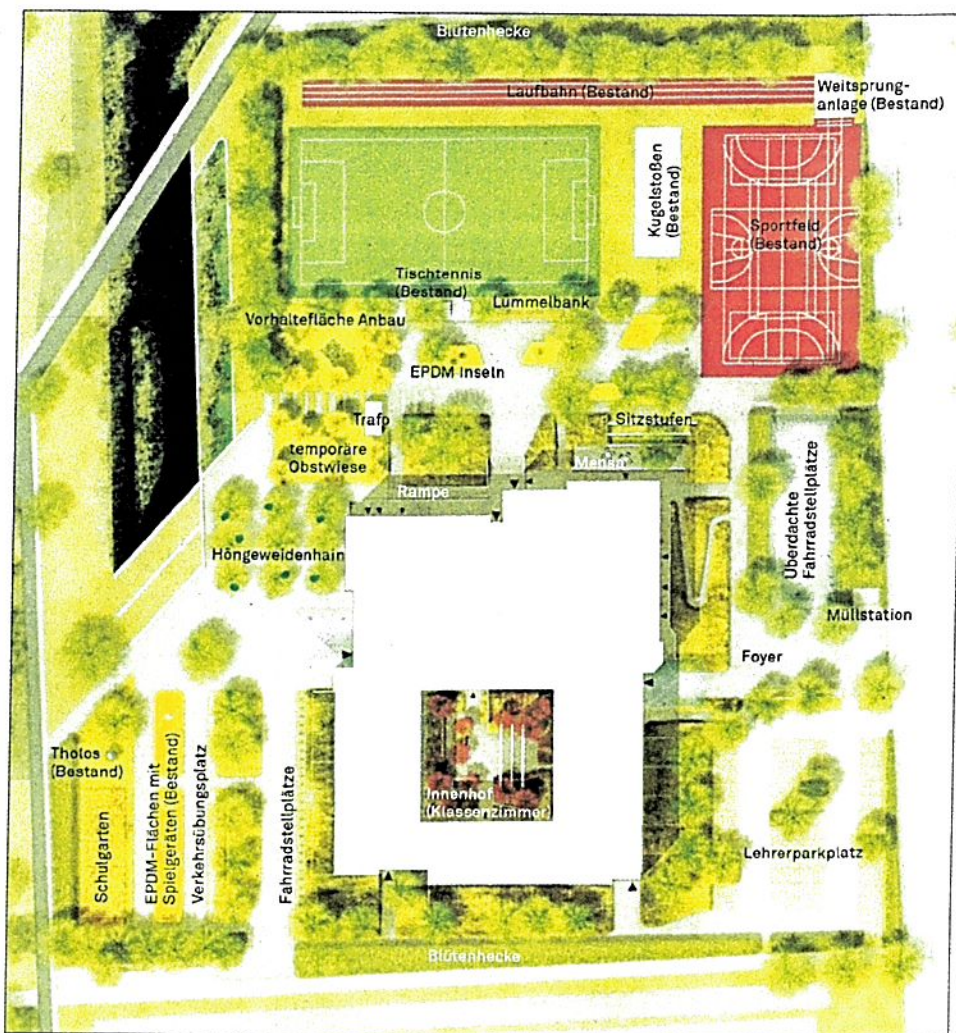
Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

11. Mitteilungen aus der Verwaltung

Sachverhalt:

- Umbau der Außenanlagen an der Grund- und Mittelschule Kirchheim.

UMBAU DER AUSSENANLAGEN AN DER GRUND- UND MITTELSCHULE KIRCHHEIM



Schauplan Büro Sinai, Stand August 2021

Eine Schule im Grünen, direkt am Parksee: Das entsteht bis 2024 um die Grund- und Mittelschule Kirchheim.

In drei Abschnitten werden nun die Parkplätze an der ehemaligen Hauptstraße auf die Seite der Heimstettner Straße verlegt, ausreichend Fahrradstellplätze geschaffen, das Hausmeisterhaus abgerissen sowie die Grünflächen der Schule neu angelegt und modernisiert. Die ersten vorbereitenden Maßnahmen dazu haben nun begonnen.

Die Freianlagen der Grund- und Mittelschule sind ein zentraler Bestandteil des neuen Orts-parks und grenzen somit direkt ans Gelände der Landesgartenschau 2024 an. Gemeinsam mit der Schulfamilie wurde in mehreren Terminen der Optimierungsbedarf der Freiflächen besprochen. Dieser kann durch die vorliegende Planung erfüllt werden. Entstehen wird dadurch eine attraktive Freifläche mit neuem Schulgarten, modernisiertem Verkehrsübungsplatz, zahlreichen Spielmöglichkeiten, Sitzbänken zum Verweilen in den Pausen sowie rund 110 Fahrradstellplätzen.

Bei der Planung der Schule im Grünen stand auch die Entsiegelung klar im Fokus. So können durch den Rückbau der Hauptstraße sowie des alten Parkplatzes insgesamt 7120 m² komplett entsiegelt und mit dem Park verknüpft werden. Im Hinblick auf die noch nötige Sanierung der Grund- und Mittelschule werden die Flächen

direkt am Gebäude nur provisorisch hergestellt (z.B. durch Ansaat von Rasen). Die aufwändige Begrünung erfolgt erst nach Abschluss der Gebäudesanierung.

Die auf das notwendige Minimum begrenzte Entfernung von Bäumen war im Wesentlichen bezogen auf den Neubau des Lehrerparkplatzes sowie der neuen Verkehrsplanung an der Heimstettner Straße. So müssen die Stellplätze, die an der ehemaligen Hauptstraße wegfallen, im Osten des Grundstücks neu realisiert werden (45 Parkmöglichkeiten nötig). Die Verkehrsführung in der Heimstettner Straße wird in diesem Zuge so angepasst, dass durch einen getrennten Gehweg und Radweg (mit jeweils 2,25 m) ein verkehrssicheres Erreichen der Bildungseinrichtungen für die Schüler ermöglicht werden kann. Als Ausgleich und Ersatz werden 13 neue Solitär-bäume und eine artenreiche insektenfreundliche Blütenhecke, die das Gelände der Grundschule einfriedet, angepflanzt. Außerdem kommen durch die Landesgartenschau im Ortspark insgesamt knapp 800 Baumpflanzungen für Kirchheim hinzu.

Der Gemeinderat hat der Gesamtplanung am 14.09.2021 mit 21 zu 0 Stimmen zugestimmt. Die Verkehrsplanung wurde am 9.12.2019 im Bauausschuss behandelt und mit 12 zu 0 Stimmen beschlossen.

11.1. Eingegangene Anträge

Zu diesem TOP liegt kein Sachverhalt vor.

11.2. Antworten zu Anfragen

Anfrage von GRM Zwarg vom 13.02.2022: Ökoflächenkataster

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Ausgleichsflächenfinder-App (AuFi) des LBV sind die Kirchheimer Einträge nicht vollständig. Vielleicht liegt es daran, dass das LfU seit August des Jahres 2021 keine Meldungen mehr entgegennimmt.

Voraussichtlich ab dem 2. Quartal 2022 können die Gemeinden ihre Flächen direkt über FIN-Web eingeben. Ich bitte die Gemeinde, die Flächen baldmöglichst nachzutragen, d.h. bei Freischaltung vorbereitet zu sein.

Mit freundlichem Gruß
Rüdiger Zwarg“

Antwort:

Die Anfrage wird auf die Bauausschusssitzung verlegt und entsprechend berichtet.

Anfrage von GRM Heinz-Fischer vom 07.03.2022: Ukraine und Asylbewerber

Antwort:

Die Gemeinde hat einen Aufruf zur privaten Unterbringung von Flüchtlingen gestartet. Dabei haben sich viele Privatwohnungsinhaber gemeldet. Einen genauen Überblick hat die Gemeinde nicht, da die Privatwohnungen über das Landratsamt abgewickelt werden. Zudem sind mehrere Liegenschaften kommunaler und privater Art in Vorbereitung oder in Diskussion.

11.3. Sonstiges

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt kein Sachvortrag vor.

12. Verschiedenes

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt kein Sachvortrag vor.

13. Bekanntgabe nicht-öffentlich gefasster Beschlüsse

Sachverhalt:

Zu diesem TOP liegt kein Sachvortrag vor.

14. Anfragen aus dem Gremium

GRM Vogel zur Fliederhecke am Rodelberg Kirchheim:

Das Büro Sinai hat vorgeschlagen, die Fliederhecke am Rodelberg in Kirchheim zu entfernen. Es gab die Aussage seitens der Gemeinde, dass die Hecke auf jeden Fall bestehen bleibt. Nun wurde ein Teil dieser Hecke entfernt.

Antwort – GRM Keck:

Anfangs und generell sollte viel Grün wie nur möglich erhalten bleiben. Durch die Fliederhecke wird ein Weg gebaut, daher musste circa ein Drittel bis ein Viertel weichen. Der Weg stellt das Eingangsportal zur Cantate Kirche dar und verbindet viele Bürgergärten mit dem Ortspark.

GRM Dr. Harlander zu Umbau der Außenanlage an der Grund- und Mittelschule:

Bitte die Umbaumaßnahme noch intensiver in der KiMi zu kommunizieren, damit mehr Einwohner die Chance haben, Veränderungen mitzubekommen.

Antwort - Erster Bürgermeister Maximilian Böttl:

Die Gemeinde versucht die Bürger immer rechtzeitig zu informieren, nur immer kommt die Gemeinde mit den Baumaßnahmen nicht nach.

GRM Dr. Harlander zum Integrationsangebot für ukrainische Flüchtlinge:

Gibt es ein Integrationsangebot in Zusammenarbeit mit Unternehmen aus Kirchheim, damit ukrainische Flüchtlinge ein Arbeitsangebot erhalten können?

Antwort - Erster Bürgermeister Maximilian Böttl:

Bitte alle Vorschläge gebündelt an ukraine@kirchheim-heimstetten.de senden. Es gibt eine Abstimmung mit dem Helferkreis und weiteren Unterstützern, damit dies gut strukturiert umgesetzt werden kann.

GRM Zwarg zum Basketballfeld der Grund- und Mittelschule Kirchheim:

In der Planung, welche 2021 vorgestellt wurde, waren die Bäume an dem Basketballfeld eingezeichnet. Es wurde gesagt, dass der Bestand dort erhalten wird. Ebenso das Beispiel der Rodung des Lehrerparkplatzes, auch hier waren entlang der Straße Bäume eingezeichnet. Die Rodungen wurden uns nicht mitgeteilt. Daher bitte um Mitteilung, warum entlang des Zaunes der Bewuchs entfernt wurde.

Antwort - Erster Bürgermeister Maximilian Böttl

Die Rodungen entlang des Zaunes sind einfach nachvollziehbar. In der Sitzung am 09.12.2019 wurde die Verkehrsplanung u.a. auch für die Heimstettner Straße abgestimmt. Es war wichtig, dass der Geh- und Radverkehr getrennt gebaut werden sollen, weshalb hier auch Raum benötigt wird, um beide Wege unterzubekommen. Deshalb war die Entfernung der Bäume leider notwendig.

Es wird dennoch jeder einzelne Baum überprüft, ob dieser wirklich gerodet werden muss, weil ein Baumbestand mehr zum Artenschutz beiträgt, als ein neu gepflanzter.

Ende der öffentlichen Sitzung um 20:44 Uhr

ANWESENHEITSLISTE

- ANLAGE 1 -

03. Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, den 08.03.2022,

Ort: in der Aula des Gymnasiums Kirchheim, Heimstettner Straße 3, 85551 Kirchheim b. München

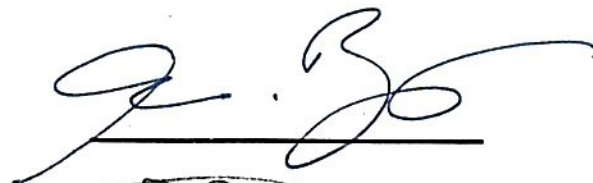
Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:17 Uhr

Name	Funktion	Unterschrift
------	----------	--------------

Mitglieder:

Maximilian Bötl Erster Bürgermeister



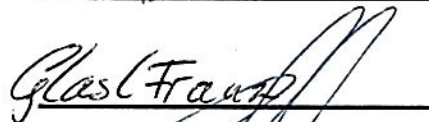
Pia Boßmann Gemeinderätin



Michael Dirl Gemeinderat



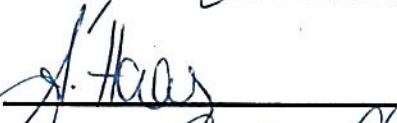
Franz Glasl Gemeinderat



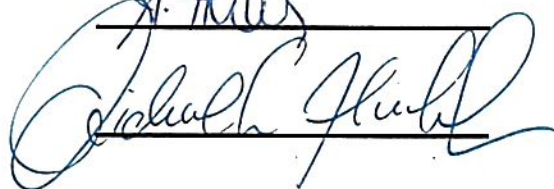
Franz Graf Gemeinderat



Andrea Haas Gemeinderätin



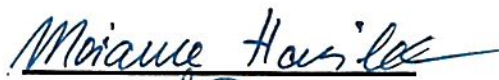
Dr. Michaela Harlander Gemeinderätin



Dr. Johann Hausladen Gemeinderat

entschuldigt

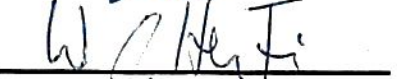
Marianne Hausladen Gemeinderätin



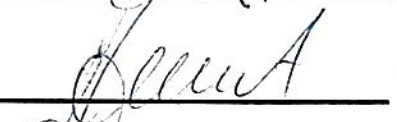
Dr. Thomas Heinik Gemeinderat



Wolfgang Heinz-Fischer Gemeinderat



Thomas Jännert Gemeinderat



Stefanie Jürgens Gemeinderätin



Stephan Keck Gemeinderat



Gerd Kleiber Gemeinderat



ANWESENHEITSLISTE

- ANLAGE 1 -

Ewald Matejka	Gemeinderat	<u>Ma</u>
Petra Mayr	Gemeinderätin	<u>PM</u>
Beate Neubauer	Gemeinderätin	<u>Beate N</u>
Ilse Pirzer	Gemeinderätin	<u>Pirzer</u>
Marcel Proffert	Gemeinderat	<u>Eulenschulz</u>
Florian Sift	Gemeinderat	<u>Florian Sift</u>
Berit Vogel	Gemeinderätin	<u>B. Vogel</u>
Dr. Christian Zenner	Gemeinderat	<u>C. Zenner</u>
Constanze Zwarg	Gemeinderätin	<u>Constanze Zwarg</u>
Rüdiger Zwarg	Gemeinderat	<u>R. Zwarg</u>
<u>Pirzel</u>	<u>Orl</u>	<u>Pirzel</u>
.....		
.....		